



# MALXE BLATT

mit Herz und Schnauze



10/2011

## DIE LINKE.-Zeitung für Forst und Umgebung



In seiner Septembersitzung entschied der Kreistag des Landkreises Spree-Neiße mit 23 zu 21 Stimmen, ab 2013 den Rettungsdienst weiterhin europaweit auszuschreiben. Unsere Fraktion

und die der SPD lehnten den Vorschlag des Landrats (CDU) ab und forderten die Schaffung eines Eigenbetriebes.

Die CDU, die FDP und die Vertreter der Fraktion »Freie Bürger« (bei einer Enthaltung) stimmten für die Verwaltungsvorlage. Damit wird es auch in den kommenden Jahren keine sicheren Arbeitsplätze und keinen Lohn nach dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes für die Mitarbeiter der Rettungswachen im Landkreis geben. Begründet wurde der Verwaltungsvorschlag mit dem Sparzwang im Haushalt des Landkreises. Um diesen zu rechtfertigen, wurde ein mehrere tausend Euro teures Gutachten in Auftrag gegeben. Nun muss man wissen, dass die Krankenkassen zur Übernahme der Kosten des Rettungsdienstes einschließlich der Löhne verpflichtet sind und nur unangemessene Kosten ab-

## Rettung knapp verfehlt

weisen dürfen. Auch Löhne und Gehälter nach dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes sind zu erstatten. Das Gutachten stützte sich deshalb auch auf angebliche Gründungskosten eines Eigenbetriebes von etwa 150.000 Euro, die dafür erhalten mussten, die europaweite Ausschreibung als kostengünstigste Variante zu begründen. Die zukünftigen Ausschreibungskosten dagegen wurden einfach nicht berücksichtigt.

Die Gewerkschaft Verdi kritisierte das Gutachten und verwies in einer eigenen Stellungnahme auf die erheblichen fach-

ein Ergebnis nach seinen Vorstellungen, und die beauftragte Firma hat, nach dem Motto „wes' Brot ich ess, des' Lied ich sing«, dieses geliefert.

Nun wäre es an der Zeit gewesen, dass die Abgeordneten des Kreistages diesem Arbeitsstil einen Riegel vorgeschoben hätten. Aber natürlich waren weder CDU noch FDP dazu bereit. Der FDP-Abgeordnete und Arzt Dr. Schüler zeigte sich dabei besonders engagiert. Man könnte erwarten, dass gerade ein Arzt die Leistungen der Mitarbeiter des Rettungsdienstes zu würdigen weiß und sich für eine faire Bezahlung einsetzt. Leider ist dies im Falle Schüler nicht so. Am selben Tag übrigens forderte der Marburger Bund, als Vertreter der Ärzteschaft, in den kommunalen Krankenhäusern Gehaltssteigerungen von 6 bis 9 %. Die Abgeordneten der »Freien Bürger« wollten kurz vor Ende der Diskussion eine Vertagung der Beschlussvorlage. Sie hätten noch Diskussionsbedarf. Diese Position stimmten sie allerdings zuvor nur mit der SPD ab, der Weg zu den LINKEN war ihnen offensichtlich zu weit. Bei der namentlichen Abstimmung votierten dann, mit einer Ausnahme, alle Fraktionsmitglieder und der Abgeordnete der Grünen für die Verwaltungsvorlage.

Die Freien Bürger sitzen vor allem deshalb im Kreistag, weil sie sich gegen neue Tagebaue und die Abaggerung von Dörfern in unserem Landkreis ausgesprochen haben. Sie fordern dafür die Solidarität der Bürgerinnen und Bürger in der Region ein. In der Abstimmung zum Rettungsdienst jedoch haben sie ihre Solidarität den Rettungsassistenten und Rettungssanitätern verweigert.

Ingo Paeschke  
Kreistagsabgeordneter

### Spruch des Monats

»Der Erfolgreiche  
hört nur noch Händeklatschen,  
sonst ist er taub.«

Elias Canetti

lichen Mängel. Der Landrat allerdings erklärte, dass er an den Aussagen von Verdi nicht interessiert sei, diese hätte er ja nicht in Auftrag gegeben. Er wollte



Abgeordnete, Mitglieder des Ortsvorstandes und weitere aktive Genossen der LINKEN in Forst kamen am 01.09.2011, dem Weltfriedenstag, am Stand vor der Geschäftsstelle mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch, tauschten Meinungen zu aktuellen Themen aus und beantworteten Fragen. Für das leibliche Wohl war, ganz nebenbei, natürlich auch gesorgt.

PS: Für umfangreichere Informationen können Sie auf der Internetseite des Landkreises Spree-Neiße die Sitzung als Aufzeichnung ansehen.

## Schorschels Stadtgeflüster

Hallöchen erst mal allen, die schon freudig erregt oder zähneknirschend auf die neueste Ausgabe unserer völlig unpolitischen und unabhängigen Zeitung warten. Lasst uns jetzt wie in Berlin auch in Forst zu neuen Ufern aufbrechen! Uns're Stadtverordneten sind ja bekanntlich nur ihrem Gewissen verpflichtet! – Wenn sie das aber nun nicht finden, was dann?! Greifen sie dann älteren Menschen in die Taschen, indem sie die Hundesteuer um über 30% erhöhen? Nehmen sie durch Kürzung des Zuschusses für das Essengeld unseren Kindern

etwas weg, was diese so dringend bräuchten? Lassen sie die vom Abriss ihrer Wohnungen Betroffenen im Regen stehen, indem sie einem Entwicklungskonzept zustimmen, das als Abrisskonzept längst beschlossene Sache ist? Nein, nein, nein, so geht das nicht weiter – die Piraten müssen her!! Stellt Euch das vor, die Piratenpartei, deren Mitgliederbestand bei uns jetzt schon höher ist als der aller etablierten Parteien zusammen, zieht mit 20 Abgeordneten ins neue Stadtparlament ein. Ob sich dann einige aus dem Rathaus freiwillig zur Grünanlagen-, Baum- und Strauchpflege melden, weil sie merken, dass sie 18 Jahre zu lange auf ihren Stellen hocken?! Wer weiß, lassen wir die nächsten Wahlen herankommen und vergessen bis dahin nichts, vor allem keine Namen. Bis dahin sage ich erst einmal Tschüss.

Euer *Schorschel*

## Aus der Arbeit der Stadtfraktion:

Am 30.08.2011 besuchte die Stadtfraktion der Partei DIE LINKE das Textilmuseum der Stadt Forst. Dieser Besuch hatte das Ziel, sich über die bestehenden Sorgen und Probleme vor Ort zu informieren.

Der Museumsverein der Stadt Forst betreibt seit 1996 im Auftrag der Stadt Forst das Textilmuseum. Im Gespräch mit den Mitgliedern des Museumsvereines wurden sowohl die finanziellen Sorgen als auch die bauliche und räumliche Situation besprochen. Im Gespräch wurden die Probleme deutlich, die sich hier durch die Auswirkungen des finanziellen Haushaltes der Stadt Forst und durch die demografische Entwicklung in der Stadt bemerkbar machen.

*Stadtfraktion DIE LINKE*



**D**er Bundesrat hat entschieden! Das eingereichte CCS-Gesetz (Die Buchstaben CCS stehen für CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Speicherung [Carbon Dioxide Capture and Storage], die Abscheidung von CO<sub>2</sub> in einem Kraftwerksprozess und anschließende Speicherung in geologischen Strukturen) wurde durch den Bundesrat abgelehnt. Die Gründe waren für die einzelnen Bundesländer recht unterschiedlich.

Brandenburg, Sachsen und Hamburg stimmten gegen das Gesetz wegen der im Gesetz formulierten Länderklausel.

Schleswig-Holstein und Niedersachsen waren bzw. sind für die Beibehaltung der Länderklausel. Eine weitere Ländergruppe, zu der auch NRW gehörte, war für eine grundsätzliche Überarbeitung des Gesetzes.

Wie nun weiter? Da die Länderkammer nicht den Vermittlungsausschuss anrufen wird, ist nun die Bundesregierung wieder am Zug. Entweder sie ruft den Vermittlungsausschuss an oder sie legt ein neues Gesetz vor.

Fakt ist, die Frist zur Umsetzung der Europäischen Richtlinie läuft ab, und damit droht Deutschland ein Vertragsverletzungsverfahren.

Sollte Deutschland kein eigenes Gesetz auf den Weg bringen, wird die europäische Richtlinie nationales Recht.

## Energiewende ohne CCS!

Ralf Christoffers, Wirtschaftsminister in Brandenburg, hatte für den 24.09.2011 eingeladen, um über Probleme und Voraussetzungen zur Energiestrategie 2030 für das Land Brandenburg zu sprechen.

Ende dieses Jahres soll dem Landtag ein Entwurf vorgelegt werden, und dieser wird die Erreichung der Klimaziele ohne CCS beinhalten müssen.

In der Diskussion wurden verschiedene Themenblöcke erörtert. Dabei spielten der Netzausbau und die Möglichkeiten der Speicherung von Energie eine große Rolle. Der Ausbau der Höchstspannungsnetze in Deutschland von Nord nach Süd ist eine Voraussetzung für eine Energiewende. Die Bundesregierung hat nun durch das Netzausbaubeschleunigungsgesetz die Planungshoheit für Stromtrassen in die Hände der Bundesnetzagentur gelegt. Die Länge von Planungs- und Genehmigungsverfahren sollen reduziert werden und es soll für mehr Akzeptanz in den Bevölkerungsschichten sorgen.

Mit einem Antrag für eine bundesweite Netzumlage will DIE LINKE diese Lasten in Deutschland gerecht verteilen. Ein bezahlbarer Strompreis ist Ziel. Im Moment kann noch niemand die finanziellen Belastungen dieser Energiewende beziffern.

Unsere Aufgabe ist es, im Prozess der Energiewende die sozialen, ökologischen, wirtschaftlichen Belange und die Versorgungssicherheit abzuwägen und zu berücksichtigen und auf eine gerechte Verteilung Einfluss zu nehmen.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass das Tempo der Energiewende auch von Faktoren bestimmt wird, die nicht politisch geregelt werden können – außer der Bereitstellung von Forschungsgeldern –, dazu zählt die Fähigkeit der Speicherung von Energie. Gemeinsam wurden weitere Gespräche zu den verschiedensten Themen vereinbart, um die Energiestrategie 2030 in Brandenburg inhaltlich zu begleiten.

*Anke Schwarzenberg  
Ortsvorsitzende*

**Richtigstellung:** Im letzten Malxe-Blatt hatte sich der Fehlerteufel eingeschlichen. Im Leserbrief von Uwe Neuer »Es ist nicht zu fassen« muss es natürlich richtig heißen: »Aber die Hartz-IV-Empfänger sollen nicht maulen. Ihre Bezüge steigen von 364 € (nicht 664) in diesem Jahr auf 374 € (nicht 674) im Jahr 2012, also um 10 €. Das sind über 10%, allerdings nur in einem Jahr!« – Sorry!

## Leserbrief



Sehr geehrte Genossinnen und Genossen, gemeinsam mit tausenden Gewerkschaftern aus EU-Ländern sind wir in Wrocław am 17.09.11 gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit in Europa auf die Straße gegangen. Wir zogen vom Olympiastadion zur Jahrhunderthalle, dem Tagungsort der EU-Finanzminister. Unsere Forderungen machten wir auf Plakaten deutlich. »Ja zur europäischen Soli-

darität, zur Arbeit und zu Arbeitnehmerrechten«, »Wir fordern das Recht auf würdevolle Arbeit«, »Ja zu guter Arbeit und Tarifautonomie«, »Nein zum unsozialen Spardiktat«, hieß es auf den Transparenten.

Die Konferenz der EU-Finanzminister war noch vor unserem Eintreffen zu Ende gegangen. Wir zogen weiter bis zum Marktplatz, wo die abschließende Kundgebung stattfand. Wir sind enttäuscht, dass sich nicht ein einziger Finanzminister mit uns, den Protestteilnehmern, getroffen hat.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir waren schon bei mehreren Demonstrationen in Berlin dabei, aber so herzlich wie wir von der polnischen Bevölkerung empfangen wurden, das war bisher einmalig.

Die Leute am Straßenrand winkten uns zu, gaben uns die Hand, klopfen uns auf die Schulter und sagten: »Danke für die gemeinsame Solidarität«.

Mit kameradschaftlichen Gruß  
**Gudrun und Wolfgang Franke**



## ARM DRAN

Von Dietmar Bartsch, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, im Deutschen Bundestag



»Ich bin arm, ich kann mir nichts Billiges leisten«, sagt der Volksmund. So hat es seine Logik, wenn hierzulande einerseits der Sozialstaat arm dran ist, andererseits die Bundes-

regierung locker mit Millionen und Milliarden Euro jongliert, wenn Banken zu retten sind.

Die wiederum verdienen sich mit der Staatsverschuldung eine goldene Nase. Die Bilder gleichen sich auf nationaler, europäischer und globaler Ebene. In Deutschland tropfen die Wasserhähne in den Schulen, aber wenn – wie es DIE LINKE will – Reiche für ein Vermögen von über einer Million fünf Prozent Steuern zahlen sollen, droht angeblich der Untergang des Abendlandes. In der Europäischen Union werden Kredite für bedrängte Staaten mit Forderungen nach Privatisierungen, Lohn- und Sozialdumping verknüpft. Ein Hilfsprogramm jagt das nächste und offenbart letztlich nur Hilflosigkeit. Für einen Politikwechsel fehlt den Regierenden der Wille. Der bedeutete nämlich eine stärkere Beteiligung der Vermögenden an den Gemeinkosten.

Gegenwärtig sind sogenannte Eurobonds als ein Schritt gegen die Euro- und Schuldenkrise in der Diskussion. DIE LINKE ist seit Jahren für Eurobonds und will, dass

die Kanzlerin endlich ihren Widerstand dagegen aufgibt. Zugleich sollten mit diesen Eurobonds keine illusorischen Erwartungen verknüpft werden. Das europäische und weltweite Finanzsystem ist so krank, dass eine Medizin allein es nicht wieder auf die Beine bringt.

Worum geht es? Eurobonds sind gemeinsame Staatsanleihen aller Euroländer, die für die Rückzahlung gemeinsam haften. Sie helfen zu verhindern, dass Spekulanten einzelne Euroländer unter Druck setzen und die Anleihe-Zinssätze hochtreiben. Gegner von Eurobonds verweisen darauf, dass Deutschland als ausfallsicherer Schuldner gilt und die Zinssätze von Eurobonds deshalb über denen von Bundesanleihen liegen werden. Allerdings ist ein großer Anleihenmarkt für Investoren attraktiver als es die heutigen zersplitterten europäischen Anleihenmärkte sind. Das wiederum drückt dann auch die Zinssätze für Eurobonds. Experten gehen davon aus, dass die Mehrbelastung für den Bundeshaushalt durch Eurobonds mittelfristig jährlich bis zu 25 Milliarden Euro betragen wird. Dies ist ein hoher, aber tragbarer Preis, wenn dadurch das Auseinanderfallen der gemeinsamen Währungsunion verhindert werden kann. Unterm Strich nützt das allen Euroländern, weil es die Krisenkosten senkt und die Währungsunion stärkt oder sogar rettet. Von dieser Währungsunion profitiert insbesondere die

deutsche Exportwirtschaft. Eurobonds wären so ein Fortschritt gegenüber der jetzigen Situation. Selbstverständlich bedarf es dazu Koordination und Überwachung in der Eurozone, damit die Vorteile von Eurobonds nicht von einzelnen Staaten auf Kosten anderer ausgenutzt werden.

Die Krise hat sich inzwischen jedoch so zugespitzt, dass Eurobonds alleine nicht ausreichen. DIE LINKE fordert unter anderem, dass Staaten auch zinsgünstige Kredite bei einer öffentlichen europäischen Bank aufnehmen können, sie will, dass eine europaweite Vermögensabgabe und eine Finanztransaktionssteuer eingeführt werden, dass Hedgefonds ebenso wie Leerverkäufe verboten werden.

In der am 5. September beginnenden ersten Sitzungswoche nach der Sommerpause nimmt der Bundestag sein Königsrecht wahr. Dann steht der Bundeshaushalt 2012 auf der Tagesordnung. Es geht um die in Zahlen ausgedrückte Regierungspolitik. DIE LINKE meint, die öffentlichen Haushalte dürfen nicht länger von den Finanzmärkten und privaten Großbanken geknebelt werden. Wir werden deshalb in der Haushaltsdebatte daran erinnern, dass die Regierung ihre Aufträge vom gewählten Parlament und nicht vom Chef der Deutschen Bank erhält. Solange das nicht Praxis ist, leben Herr Ackermann und seinesgleichen weiter im Schlaraffenland und das Volk bleibt arm dran – hier und anderswo.

## Newsletter

### CDU muss Mindestlohn-Blockade aufgeben

»Es ist beschämend, dass Teile der CDU sich immer noch gegen einen gesetzlichen Mindestlohn wehren und damit der Verarmung ganzer Regionen vor allem in Ostdeutschland Vor-schub leisten. Diese Haltung ist unchristlich und unsozial«, kommentiert die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Sabine Zimmermann, die Ablehnung eines gesetzlichen Mindestlohns durch den stellvertretenden Vorsitzenden der Unions-Fraktion im Bundestag und Generalsekretär der sächsischen CDU Michael Kretschmer. »Gerade Kretschmer sollte die niedrigen Löhne in Ostdeutschland und die damit verbundenen Sorgen und Nöte der Menschen kennen. Immerhin zählt der Landkreis Görlitz, aus dem er stammt, zu den zehn Landkreisen mit den niedrigsten Löhnen in Deutschland.« Zimmermann weiter:

»Deutschland ist eines der letzten Länder in Europa, das noch keinen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn kennt. Die Bun-

desrepublik ist deshalb in den vergangenen Jahren zum Motor der Niedriglohnbeschäftigung in Europa geworden. Laut der neuesten Statistik der Bundesagentur für Arbeit zu Bruttoarbeitsentgelten ist der Anteil derjenigen, die zu Niedriglöhnen arbeiten, von 1999 bis 2010 von 19 auf fast 23 Prozent, in Ostdeutschland von 35,5 auf über 40 Prozent gestiegen. Um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, bedarf es eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns von zehn Euro. Dem können sich auch die Unionsparteien nicht länger verschließen.«  
13.09.2011

### Ein Trauerspiel mit Gefahr im Verzug

Zu den aktuellen innenpolitischen Forderungen aus der CDU/CSU erklärt Petra Pau, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE und im Innenausschuss:

»Pünktlich zum zehnten Jahrestag von »9–11« marschieren die innenpolitischen Hardliner der CDU/CSU wieder auf. Bundeswehr im Innern einsetzen, BND hochrüsten, Daten auf Vorrat speichern, und so weiter. Der ganze Grusel-Katalog wird wieder ausgebreitet. Ein Verdacht drängt sich auf. Je offensichtlicher die CDU/CSU in der aktuellen EU- und Finanzkrise versagt, desto mehr rüstet sie innenpolitisch auf. Es ist ein Trauerspiel mit Gefahr im Verzug.«  
10.09.2011

## PINNWAND

### Termine

in der Geschäftsstelle Berliner Straße 22

Di., 18.10.: 18.30 Uhr	Sitzung Stadtfraktion
Mi., 19.10.: 18.30 Uhr	AG »Soziales«
Di., 25.10.: 18.30 Uhr	Ortsvorstandssitzung
Mo., 07.11.: 18.30 Uhr	AG Malxeblatt
Di., 15.11.: 18.30 Uhr	Sitzung Stadtfraktion

### Apocalypse soon?

In jungen Jahren glaubte Angela Merkel an den Sozialismus und musste zusehen, wie der Sozialismus pleite ging. Jetzt glaubt Angela Merkel an den Kapitalismus und muss zusehen, wie der Kapitalismus pleite geht. Hoffentlich glaubt Angela Merkel demnächst nicht auch noch an den lieben Gott ...  
Michael Kaiser

### Geburtstag

22.10.: 68 Jahre Johanna Spaarschuh

*Herzlichen Glückwunsch, auch all jenen, die hier nicht genannt sind!*

### Perfider Plan

Dass sich die Deutschen abschaffen wollen, hat ja Sarrazin schon verraten. Dumm gelaufen – denn nun wissen die Ausländer hierzulande, dass wir sie mit einem Berg von Schulden allein lassen wollen.  
Dirk Werner

### Entvolksvertreter

Laut Bundeskriminalamt haben Wirtschaftsbetrüger im Jahr 2010 einen Schaden von 4,7 Milliarden Euro angerichtet; die Forderungen nach einem härteren Durchgreifen gegen Wirtschaftsverbrecher werden lauter. Doch die Politik verhindert bisher Verhaftungen – der Bundestag wäre nicht mehr beschlussfähig.  
Erik Wenk



Aus »Eulenspiegel« Nr. 10/11

### Achtung vormerken!

#### Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Forst am 03.11.2011

um 18.30 Uhr im Bürgerzentrum

Themen:  
Auswertung des Programmteages  
der LINKEN im Oktober

Kommunalpolitische Fragen und Probleme

#### Regionalkonferenz der LINKEN am 05.11.2011

10.00 bis 14.00 Uhr, piccolo Theater Cottbus  
Als Gäste werden vier Minister (DIE LINKE) der Landesregierung Brandenburg erwartet:

Anita Tack, Umweltministerin,  
Dr. Helmut Markov, Finanzminister,  
Ralf Christoffers, Wirtschafts- u. Europaminister,  
und Dr. Volkmar Schöneburg, Justizminister.

(Bezüglich Fahrgemeinschaften nach Cottbus bitte an unsere Geschäftsstelle, Berliner Str. 22, Telefon 7852, wenden.)

**Impressum:** Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE  
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE  
V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst  
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07  
oder im Internet: [www.dielinke-lausitz.de](http://www.dielinke-lausitz.de)  
E-Mail: [forst@dielinke-lausitz.de](mailto:forst@dielinke-lausitz.de)  
Lesermeinungen und Artikel auch unter E-Mail:  
[malxeblatt@gmx.de](mailto:malxeblatt@gmx.de)

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:  
Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.